

Keine Chance für Bahnlinie Füssen – Reutte

Bund Naturschutz Was vier Bundestagskandidaten zu Elektromobilität, Flächenverbrauch und weiteren Themen sagen

Füssen/Ostallgäu Gegen Atomkraft sind sie alle und die Chancen auf eine Weiterführung der Bahnlinie Kaufbeuren – Füssen nach Österreich in absehbarer Zeit stufen sie gegen Null ein. Bei einer Podiumsdiskussion des Bund Naturschutz in Füssen zur Bundestagswahl klangen die Aussagen der Direktkandidaten für den Stimmbezirk Ostallgäu mitunter ähnlich. Größere Unterschiede wurden beim Thema Landwirtschaft und E-Mobilität deutlich. „Man hat die unterschiedlichen Standpunkte schon heraushören können“, sagte einer der knapp 50 Besucher anschließend.

Zur Runde hatten die Naturschützer die Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien geladen: den Abgeordneten Stephan Stracke (CSU) sowie seine Herausforderer Susanne Ferschl (Die Linke), Pascal Lechler (SPD) und Dr. Günter Räder (Die Grünen). Die Moderation übernahm der frühere Pfrontener Bürgermeister Beppo Zeislmeier, der die Veranstaltung straff leitete.

● **Bahn** Die Naturschützer fordern die Fortführung der Bahnstrecke von Füssen nach Reutte und Innsbruck. Das Projekt sei nicht im Bundesverkehrsplan aufgelistet, eine Realisierung frühestens in 25 Jahren möglich, sagte Räder. Für ihn sind andere Bahnprojekte ohnehin dringlicher, zum Beispiel der Ausbau des Güterverkehrs. „Im Moment ist das nicht realistisch“, sagte Lechler zu der Streckenverlängerung. Das Projekt wäre zu teuer und bringe massive Eingriffe in die sensible Landschaft



Bei der Podiumsdiskussion des Bund Naturschutz in Füssen waren sie nicht immer einer Meinung (am Tisch von links): Susanne Ferschl (Die Linke), Stephan Stracke (CSU), Pascal Lechler (SPD) und Dr. Günter Räder (Die Grünen). Im Hintergrund Pfrontens früherer Bürgermeister Beppo Zeislmeier, der die Runde ganz souverän moderierte.
Foto: Heinz Sturm

mit sich, sah auch Stracke „keine Chance“. Zum Unmut der Naturschützer: Seit Jahrzehnten stecke die Politik Unsummen in den Ausbau des Straßennetzes und vernachlässige den Schienenverkehr. Man müsse mehr Geld in die Modernisierung und die Elektrifizierung der Bahn im Allgäu stecken. Für die Elektrifizierung sprachen sich alle Kandidaten aus. Laut Stracke ist zunächst die Elektrifizierung der Strecke zwischen Vils und Pfronten angedacht. Wann dieses Vorhaben umgesetzt wird, ist aber noch offen.

● **Energiewende** „Der Atomausstieg war und ist richtig“, sagte Stracke. Jetzt müsse man die Energieversorgung ausrichten nach den Themen Sicherheit und Bezahlbarkeit. Die Energiewende müsse „umwelt-

freundlich, verlässlich und bezahlbar“ sein, forderte Lechler. Die SPD wolle eine Treibhausgas-neutrale Energieerzeugung bis 2050 ermöglichen. „Die Energiewende ist am Verhungern“, sagte dagegen Räder. Man müsse jetzt schnell handeln, um bis 2030 komplett auf erneuerbare Energien umsteigen zu können. Die Energiewende müsse man sozial gerecht gestalten, deshalb müsse dem Staat mehr Einfluss eingeräumt werden, sagte Ferschl. Die Politik müsse „die Macht der Großkonzerne brechen“.

● **E-Autos** Gegen eine europaweite Quote für E-Autos sprach sich Lechler aus. Gleichwohl wolle die SPD einen möglichst großen Anteil solcher Fahrzeuge in Deutschland. Allerdings sei das Netz an Ladestationen

Die Wünsche der Naturschützer

Drei Wünsche des Bund Naturschutz gab Hans Hack, der stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe Ostallgäu/Kaufbeuren, den Direktkandidaten zum Ende der Veranstaltung mit auf den Weg:

- Sie sollten sich für die Modernisierung und Elektrifizierung der Bahn auf den Strecken Kempten – Pfronten und Kaufbeuren – Füssen einsetzen.
- Hack regte zudem an, den Ausbau der B12 zu überdenken, da dadurch „zigtausende Quadratmeter Fläche verbaut“ würden. Sein Vorschlag: Die besonders unfallträchtigen Steigungen zwischen Wildpoldsried und

Kraftsried durch Einfriedungen und Tunnel ersetzen. Auch durch ein Überholverbot auf diesem Streckenabschnitt sowie eine konsequente Geschwindigkeitsüberwachung auf der B12 zwischen Buchloe und Kempten könnte man die Unfallzahlen minimieren – und gleichzeitig den „unnötigen Flächenverbrauch“ verhindern.

- Auch sollten Gewerbeflächen nur noch interkommunal ausgewiesen werden. Parkplätze dürften dort nur in Tiefgaragen oder auf dem Dach der Gebäude nachgewiesen werden, um den Flächenverbrauch zu minimieren. (hs)

noch zu lückenhaft – den Ausbau dieser Infrastruktur müssten auch die Autohersteller leisten, forderten er und Ferschl. Man dürfe nicht nur E-Autos im Blick haben, sondern auch Wasserstoff- und Gasmotoren, sagte Räder. Sich nicht allein auf eine Technologie stützen will Stracke. Er hält E-Autos derzeit vor allem in Städten für sinnvoll, nicht aber im ländlichen Raum. Hier seien Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, die sich an Abgaswerte halten, auf längere Sicht unverzichtbar.

● **Flächenverbrauch** Durch den Straßenausbau wie bei der B12 oder durch neue Gewerbegebiete werden in Bayern nach offiziellen Angaben täglich über 13 Hektar versiegelt. „Das ist eindeutig zu hoch“, sagte Lechler. Er plädierte für eine Ver-

dichtung der Innenbereiche, etwa durch das Programm „Jung kauft Alt“ – junge Menschen sollen beim Kauf von leer stehenden Gebäuden in Ortskernen unterstützt werden. Die Grünen wollen in Bayern ein Volksbegehren gegen den Flächenfraß starten, informierte Räder. Ziel sei eine Begrenzung des täglichen Flächenverbrauchs auf fünf Hektar. In Bayern sei nur eine Fläche von sechs Prozent asphaltiert und betoniert, betonte Stracke. Doch sprach er sich für den Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung aus.

● **Landwirtschaft** Für den Fortbestand der kleinen Familienbetriebe traten alle Kandidaten ein. Nur in Sachen Förderung gerieten sie nach einer Frage aus dem Publikum aneinander. (hs)